

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachst. nach Stoffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 1. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf., ausf. Paris. Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewehr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einbl. Trägerlohn monatlich  
Halbmonatlich 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einbl. 45 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

**Postadresse:** Dresden-N. 1 Postfach • Fernruf: Orlowvertehr Sammelnummer 24601, Fernvertehr 14194, 20024, 27981 - 27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361 - 9366  
Postfach: Dresden 2060 • Nichtverlangte Einblendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 26 x

Sonnabend, 2. Februar 1935

43 Jahrgang

## Beginn der Londoner Verhandlungen

Unterredung mit dem Führer - Reinhardt über die nationalsozialistische Steuerpolitik - Rückkehr Görings aus Polen

### Diktatmethoden ausgeschlossen

Wachsendes englisches Verständnis für Deutschlands Standpunkt

Wie immer beim Beginn einer wichtigen Konferenz von Vertretern der Großmächte, so geht auch heute am ersten Tag der Londoner Verhandlungen zwischen englischen und französischen Staatsmännern ein wahrer Wellenschlag von Nachrichten über die Besprechungen nieder. Und zwar Nachrichten, die zum Teil meistens reine Fiktion und Vermutungen darstellen, und die deswegen die Lage entsprechend widerspruchsvoll darstellen. Der gebräuchlichste Bericht der „Times“ über die in Paris angeblich gefundene Einigungsformel wird in Paris und London als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet.

Allerdings kommt das Dementi etwas abgerundet heraus. Man begründet es damit, in London sei nur ein Meinungsäusserung, aber keine feste Vereinbarung geplant. Infolgedessen könne von einer Einigungsformel auf keinen Fall die Rede sein. Immerhin: ganz ohne jeden Rückschlus dürften die Beratungen denn doch nicht sein und der weitestgehend gut unterrichtete Vertinax hält an der Richtigkeit des „Times“-Berichts heute fest, ja er glaubt sogar schon das Schlußkommuniqué der Besprechungen in Kürze ankündigen zu können.

Was im einzelnen in den Berichten aus Paris und London mitgeteilt wird, kann vorläufig noch nicht gewertet werden. Klar scheint nur die Rückschlus Englands zu sein, unter keinen Umständen einen fix und fertig ausgearbeiteten Vertrag abzuschließen, der dann Deutschland einfach zur Unterschrift oder Ablehnung vorgelegt wird. Mit diesen Diktatmethoden könnte man selbstverständlich unter keinen Umständen zum Ziele kommen. In England ist erfahrungsgemäß, wenigstens in einigten Kreisen, eine Wendung zu einer gerechteren und würdigeren Beurteilung des deutschen Standpunktes eingetreten. Die Besuche Lord Altons of Harwood und des Marquis von Vestrian beim Führer und Reichkanzler sind denn doch nicht ohne Einfluß gewesen. Beide Engländer hatten einen außerordentlich starken Eindruck von der Festigkeit, Ehrlichkeit und Offenheit des deutschen Führers und haben über diesen Eindruck in der englischen Presse auch ausführlich berichtet. Man muß nun abwarten, welchen Einfluß diese Berliner Eindrücke auf den Gang der Verhandlungen mit den Franzosen haben wird.

### Ein Friedenspakt für zehn Jahre?

Der Vorschlag Lord Lothians - Deutschlands Friedenswille die zentrale Tatsache in Europa

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 1. Februar

Die „Times“ haben gestern einen Aufsatz von Lord Lothian, der titelhaft vom Führer in Berlin empfangen wurde, über die Lage in Europa veröffentlicht, und sie bringen nun heute einen zweiten Artikel Lothians. Er zeigt außerordentlich großes Verständnis für Deutschlands außerordentlich schwierige Lage, wird aber freilich den innenpolitischen Verhältnissen nicht in gleichem Maße gerecht. So spricht er von einem „harten und despotischen“ Regiment in Deutschland und glaubt, die Einbeziehung Deutschlands in den Kreis der europäischen Zusammenarbeit damit besonders empfohlen zu werden, daß er der Hoffnung Ausdruck gibt, sie werde eines Tages Deutschland wieder „demokratischen und liberalen Ideen zugänglich“ machen. Aber das praktische Wahliche ist jetzt auch für Lord Lothian die Außenpolitik. Und hier meint er nun den Vorschlag eines zehn Jahre währenden europäischen Friedenspaktes.

Er stellt die Frage, was es für einen Nutzen aus der augenblicklichen Lage gebe, und betont, die zentrale Tatsache im heutigen Europa sei, daß Deutschland keinen Krieg wünsche. 100 Jahre zur Abkühlung des Krieges seien in den letzten fünfzehn Jahren unterzeichnet worden, und niemand habe das Vertrauen, daß sie eine wirkliche Sicherheit gegen den Krieg seien. Warum solle man nun mehr Vertrauen in einen neuen Pakt setzen? Vor allem spreche dafür die nachdrückliche Erklärung Hitlers selbst, des unbedingten Führers des heutigen Deutschlands.

Was Deutschland wünsche, sei Gleichberechtigung und nicht Krieg. Deutschland ist abfolat bereit, den Krieg abzuschließen. Hitler habe erklärt, daß er mit Polen einen schwebigen Vertrag geschlossen habe, daß er endgültig und für immer die Einverleibung Elsaß-Lothringens in Frankreich annehmen wolle und daß er wünsche, nicht in seinem geliebten

Österreich zu intervenieren, vorandereicht, daß alle Nachbarn daselbst täten. Hitler gehe noch weiter und erkläre, daß er mit allen Nachbarn Deutschlands Nichtangriffspakte unterzeichnen werde, um so seinen heillosen Wunsch nach Frieden zu beweisen, daß er nicht mehr als für Deutschland die Gleichberechtigung verlange, und daß er, wenn alle Völker die Rüstungskontrolle annehmen, bereit sei, daselbst zu tun.

Er habe nicht den leisesten Zweifel, so schreibt Lord Lothian weiter, daß Hitlers Worte völlig richtig seien. Hitler wolle keinen Krieg, nicht weil er ein Pazifist sei, sondern weil er wisse, was Krieg bedeutet.

weil sich sein Plan für Ermüdung und Disziplinierung der Jugend nur im Frieden durchführen lasse und weil Deutschland - von engen nationalitätlichen Gesichtspunkten abgesehen - um die volle Kraft der deutschen Armee wieder herzustellen, wenigstens sieben oder acht Jahre brauche, ferner weil Deutschland einen mindestens zehn Jahre währenden inneren, finanziellen und wirtschaftlichen Aufbau vor sich habe, um sich erholen zu können. Lord Vestrian betont: Eine wirkliche Vereinbarung unter Teilnahme Deutschlands, der zufolge es in Europa während einer bestimmten Periode keinen Krieg und keine Gewaltanwendung geben solle, würde verbunden mit der Abfassung des Teiles V des Versailler Vertrages durch eine Vereinbarung über Rüstungsgleichheit, viel mehr für den Frieden und das Gleichgewicht Europas tun, als alle neuen Pakte gegenständlichen Verständes, die gegenständig militärische Nationen unterzeichnen. Schließlich sagt Lord Lothian, er schlage für den Friedenspakt nur zehn Jahre vor, weil man politische Abmachungen nicht für die Ewigkeit treffen könne, und weil in zehn Jahren die Probleme wieder ganz anders aussehen würden.

### Die ersten Besprechungen

Standins und Lavals Empfang in London

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 1. Februar

Genie Vormittag 11.30 Uhr begannen in der Wohnung des Premierministers Macdonald die Besprechungen zwischen den französischen und englischen Staatsmännern. An den Besprechungen nahmen auf englischer Seite neben Ramsay Macdonald noch Baldwin, Außenminister Sir John Simon und Vordirektionschef Antony Eden teil, auf französischer Seite Standins und Laval noch Roger, der Generalsekretär des Quai d'Orsay, der frühere französische Gesandte in Prag, Koel, und als Abklärungsspezialist Wolfli. Als Standins und Laval bei ihrer Ankunft vor dem Haus Macdonalds dem mit den französischen Farben geschmückten Wagen entzogen, wurden sie von einem Heer von Kameraleuten umringt. In dieser ersten Sitzung wurde, wie verlautet, das gesamte Gebiet der Abrüstungs- und Sicherheitsfragen nach allen Richtungen hin durchgesprochen.

Bei der Ankunft der französischen Staatsmänner am Donnerstag nach 19 Uhr hatten sich Macdonald und Sir John Simon auf dem Londoner Victoria-Bahnhof eingefunden. Die Begrüßung war herzlich, und als

die Minister vom Bahnhof ins Savoy-Hotel fuhren, wurden sie von einer zahlreichen Menschenmenge nicht gerade überschwänglich (das liegt den Engländern ja sowieso nicht), aber doch mit Sympathie begrüßt.

In der Deffenlichkeit besteht immer noch keine eindeutige Klarheit über das Gesamtprogramm der zu behandelnden Fragen. Wie aus von offizieller Seite mitgeteilt wird, ist die gestern von der „Times“ veröffentlichte Tagesordnung „unkorrekt“ und deckt sich angeblich keineswegs mit den Absichten der englischen Regierung.

Es verlautet, daß man auf englischer, wie angeblich auch auf französischer Seite eingeschätzt hat, daß es nicht amache, Deutschland einfach mit einem bis ins einzelne ausgearbeiteten Vertrag zu überrumpeln und nach der Methode: „Drish Vogel oder Hirs“ zum Beitritt anzuhalten. Man bemüht sich heute hier fast ausschließlich, darzulegen, daß in London keinerlei bindende Beschlüsse gefaßt werden sollen, die dann „andre Mächte“ (gemeint ist Deutschland) nur noch annehmen oder ablehnen können.

### Lavals Verhandlungsgrundlage

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 1. Februar

Wie der „Matin“ berichtet, hat Laval gestern abend nach seiner Ankunft in London, während der Ministerpräsident Standins an einem Empfang bei Lord Vandenbrouck teilnahm, ein umfangreiches Schriftstück mit der Darstellung der französischen Auffassung in der Sicherheits- und Gleichberechtigungstrage ausgereicht. Dieses Schriftstück enthält nach dem „Matin“ folgende Punkte:

1. Frankreich begrüßt es, daß England den römischen Protokollen beitrete.
2. Frankreich ist bereit, die Großmächterklärung vom 11. Dezember 1932 über die Gleichberechtigung und die Sicherheit zu „wiederholen“ und zu „betreffigen“. (Das sind zunächst bloße Worte. D. Schriftl.)
3. In die Gleichberechtigung darf jedoch nicht die Aufhebung der entmilitarisierten Rheinlande einbezogen werden.
4. Frankreich nimmt anerkennend an, daß die von England erneut angeregte allgemeine Abrüstungskonvention nur im Rahmen des Völkerbundes zustande kommen und nur erst nach der vors

berigen Rückkehr Deutschlands nach Genf unterzeichnet werden darf.

5. Frankreich betont nochmals die Notwendigkeit der Garantie der allgemeinen Sicherheit durch die Unterzeichnung namentlich des Atlantik und des Mittelmeer-Sicherheitspaktes.

6. Frankreich erhebt die Forderung, daß keinerlei Einwände gegen die von ihm selbst zu treffenden „natürlichen Vorklärungsmaßnahmen“ zu machen sei. Frankreich fordert für sich das Recht, wenigstens für die Zeit der refraktären Jahreshälfte die Militärleistungen auf zwei Jahre erhöhen zu dürfen.

Vertinax, der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ und Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“, behauptet, es sei in den Vorverhandlungen sogar schon das amtliche Schlußkommuniqué fertiggestellt worden, das am Sonnabend nach Beendigung der Verhandlungen veröffentlicht werden soll. Dieses amtliche Kommuniqué enthalte nur die großen Punkte der Abrüstungs- und Sicherheitskonvention. Es werde jedoch nicht sagen, die Einzelheiten der kommenden Abrüstungskonvention.

### Keine Einigung Washington - Moskau

Die neuen Schuldenverhandlungen gescheitert

Washington, 1. Februar

Der Staatssekretär des Auswärtigen Dull gab bekannt, daß die erneut aufgenommenen Verhandlungen zur Regelung der russischen Vorkriegsschulden an Amerika gescheitert sind. Später erklärte Dull noch: Angeht die gegenwärtigen Haltung der Sowjetregierung habe ich das Gefühl, daß wir nicht die Hoffnung hegen können, daß irgendeine Verständigung jetzt möglich ist. Ich sage dies mit Bedauern, da ich sowohl mit den amerikanischen Fabrikanten und Bankiers sympathisiere, die den Rußland einen Markt für ihre Waren in der Sowjetunion zu finden, wie auch mit den amerikanischen Bürgern, deren Eigentum in der Sowjetunion beschlagnahmt wurde. Es erscheint kaum irgendein Grund, zu bezweifeln, daß die Verhandlungen, die anfangs so vielversprechend erschienen, jetzt als beendet anzuhalten werden müssen. Nach der ganzen Entwicklung der Lage wird nunmehr der Vorstand der Export-Import-Bank entscheiden müssen, ob

diese Bank überhaupt noch eine Forderungsberechtigung hat.

Der sowjetrussische Unterhändler Troianowski verließ nach einer kurzen Unterredung das Staatsdepartement sichtlich niedergeschlagen. Staatssekretär Dull gab keine Erklärung nach einer langen Unterredung mit dem hier weilenden amerikanischen Botschafter in London, Bullis, ab.

### Bier Angestellte in Sowjetrußland erschossen

Moskau, 1. Februar

Nach einer Meldung aus Tjumen im Uralgebiet sind dort vier Angestellte der Genossenschaft, die im Jahre 1934 große Schmelzungen mit Lebensmitteln gemacht und dadurch die Verzerrung der in den Goldgruben beschäftigten Arbeiterlöhne mit Brot und anderen Lebensmitteln gefährdet haben sollen, zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Die Urteile sind vollstreckt worden.

### Deutsche Rückfragen zum Donaupakt

Wien, 1. Februar. Schweizer Zeitungen bringen die Meldung, wonach in Berliner diplomatischen Kreisen die Nachricht verbreitet sei, daß die deutsche Regierung durch ihre Botschafter in Paris und Rom die angelegentlichste Rückfrage bezüglich des Nichtangriffspaktes habe überreichen lassen. Es seien bestimmte Fragen gestellt, jedoch werde als eine Vorbedingung für die Annahme des Paktes seitens der deutschen Regierung die Forderung erhoben, daß England und auch die Schweiz diesem Pakt beitreten.

Erforschungen an zuständigen Stellen ergeben, daß die Reichsregierung ihre Botschafter in Paris und Rom beauftragt hat, eine Reihe von Rückfragen bezüg-

lich Inhalt und Tragweite des Nichtangriffspaktes (Donaupakt) zu stellen. Von Vorbedingungen, Forderungen oder auch nur Vorschlägen konnte in diesem ersten Stadium der Klärung auf dem üblichen diplomatischen Wege naturgemäß nicht die Rede sein.

### Die Gildehalle von Bristol in Flammen

London, 1. Februar

Die berühmte Gildehalle im Herzen von Bristol wurde am Freitagmorgen von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht. Der Zivilgerichtshof und das Kriminalgericht wurden zum Teil zerstört. Weitere Nachrichten über das Ausmaß des Brandes, der einen sehr großen Schaden anrichtete, liegen noch nicht vor.